

Kommission will mehr Tempo bei Baugesuchen

Bewilligungen Wer im Kanton St. Gallen bauen will, muss unter Umständen lange warten. Zu lange, findet die Staatswirtschaftliche Kommission des Kantonsrats, die regelmässig die Tätigkeit der Verwaltung überprüft. Je nach Fall seien viele Dienststellen am Bewilligungsverfahren beteiligt. «Das führt dazu, dass trotz klarer Aufgabenzuteilung teilweise Entschiede ausbleiben oder sich aufgrund des aufwendigen Klärungsbedarfs verzögern», bemängelt die Kommission in einem Communiqué. Sie erwartet, «dass vermehrt einvernehmliche Lösungen mit den Gesuchstellern gesucht und insgesamt raschere Entschiede getroffen werden».

Erstaunt zeigt sich die Kommission darüber, dass nur zehn Prozent der eingereichten Gesuche vollständig und korrekt seien. Diese Zahl müsse sich dringend erhöhen. Die Kommission verlangt vom Baudepartement nun einen detaillierten Bericht mit Lösungsvorschlägen.

Baudepartement relativiert die Kritik

Mit den Vorwürfen konfrontiert, antwortet das Baudepartement: Probleme ergäben sich nicht in erster Linie aus den Verfahren, sondern aus dem geltenden Recht, das sehr komplex sei. Das Potenzial für Vereinfachungen bei den Baubewilligungen sei daher gering. Beschleunigen lasse sich das Prozedere am ehesten, indem der Gesuchsteller die Unterlagen vollständig einreiche. Das Departement offeriere auch Beratungen zum richtigen Vorgehen, die aber leider noch zu wenig genutzt würden. Wenn Unterlagen fehlen, würden die Gesuchsteller schon heute rasch darüber informiert. Auch strebe das Departement bereits jetzt einvernehmliche Lösungen in den Baubewilligungsverfahren an – «solange sich solche Lösungen an den rechtsstaatlichen Grundsätzen orientieren». (av)



Stichproben in St. Galler Betrieben zeigen: Die Coronavorschriften werden meist ernstgenommen.

Bild: Jean-Christophe Bott/Keystone

140 Betriebe inspiziert

Bei den Coronakontrollen im St. Galler Gewerbe müssen neu auch die Gemeinden helfen.

Adrian Vögele

Bis jetzt läuft es gut: Im Kanton St. Gallen musste noch kein Betrieb schliessen, weil er die Coronavorschriften nicht umgesetzt hätte. Diese Bilanz zieht das Amt für Wirtschaft nach rund 140 Kontrollen. «Die Betriebe bemühen sich sehr», stellt Amtsleiterin Karin Jung fest. Alle öffentlich zugänglichen Betriebe müssen ein spezifisches Schutzkonzept vorweisen können und zeigen, dass sie dieses einhalten. Das Arbeitsinspektorat macht Stichproben, geht aber auch Hinweisen aus der Bevölkerung nach. Die Inspektoren fungieren bei den Kontrollen zugleich als Berater. In der Regel geht es um Dinge wie die Einhaltung der Abstandsregeln, die Platzierung von Trennscheiben,

Bodenmarkierungen oder Hinweisschildern sowie den Umgang mit Schutzmasken. «Die Arbeitgeber schätzen diese Beratung», sagt Jung. Wenn offene Fragen nicht gleich vor Ort geklärt werden können, finden punktuell Nachkontrollen statt. Zur Zahl der Nachkontrollen kann die Amtsleiterin keine Angaben machen. Die allermeisten Arbeitgeber nähmen ihre Verantwortung aber wahr.

Boris Tschirky: «Wir waren vorgewarnt»

Für die Kontrollen ist das Arbeitsinspektorat mit neun Personen im ganzen Kanton im Einsatz. Die Inspektoren befassen sich mit Betrieben aus fast allen Branchen, mit einigen Ausnahmen: Für Einrichtungen des Gesundheitswesens ist das Kan-

tonsarztamt zuständig, die Baustellen und Industriebetriebe kontrolliert die Suva. Für die Restaurants hat die St. Galler Regierung am Dienstag eine besondere Regelung erlassen: Die Kontrolle der Coronaschutzkonzepte in der Gastronomie ist Aufgabe der Gemeinden.

Kommt diese Regelung nicht etwas spät, nachdem die Restaurants bereits am Montag wieder öffnen durften? «Wir waren vorgewarnt», sagt Boris Tschirky, Präsident des Verbands der St. Galler Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten (VSGP). Der Kanton habe die Gemeinden konsultiert wegen der Restaurantkontrollen. «Die Regelung ist zweckmässig, da die Aufsicht über die Gastwirtschaft grundsätzlich Sache der Gemeinden ist.» Für Städte mit ho-

her Dichte an Gastrobetrieben sei die Umsetzung aber sicher eine grössere Herausforderung als für ländliche Gemeinden mit nur wenigen Restaurants.

Auch Karin Jung nennt als Grund für die Regelung, dass die Aufsicht über die Gastronomie ohnehin bei den Gemeinden liege. Hinzu kommt, dass die personellen Ressourcen des Kantons für die Kontrollen beschränkt sind. Anders als etwa der Kanton Zürich greift der Kanton St. Gallen für die Betriebskontrollen nicht auf zusätzliches Personal der Kantonspolizei zurück.

Das Amt für Wirtschaft wird das jetzige System mit den Stichproben bis auf weiteres fortführen. Vorausgesetzt, die Disziplin des Gewerbes hält an und es drängt sich keine Änderung auf.

Tierleid-Initiative geht Kommission zu weit

Gegenvorschlag Die vorbereitende Kommission des Kantonsrats fordert, dass die St. Galler Regierung einen Gegenvorschlag zur Initiative «Stopp dem Tierleid – gegen Zäune als Todesfallen für Wildtiere» ausarbeitet. Ein absolutes Stachelndrahtverbot geht der Mehrheit der Kommission zu weit. Die Gesetzesinitiative, die sich im Kanton St. Gallen gegen Zäune als Todesfallen für Wildtiere richtet, ist Ende August für rechtsgültig erklärt worden. Sie wurde von Pro Natura St. Gallen-Appenzell, dem WWF St. Gallen und den St. Galler Jägern lanciert. Die Regierung hat dem Kantonsrat beantragt, der Initiative zuzustimmen.

Anders die vorbereitende Kommission: Sie anerkenne die Anliegen der Initiative und möchte Unfälle und Tierleiden in Zäunen im Wald und auf Wiesen verhindern, heisst es in der Mitteilung der Staatskanzlei vom Dienstag. Nach langer Diskussion empfiehlt die Kommission dem Kantonsrat, die Initiative abzulehnen. Der vorgeschlagene Gesetzestext der Initianten gehe der Mehrheit der Kommission zu weit, weil er ein absolutes Stachelndrahtverbot und ein aufwendiges Zaunmanagement mit diversen Auflagen vorsehe, heisst es weiter.

Die Initianten meldeten sich am Dienstag ebenfalls in einer Mitteilung zu Wort, in der sie den Gegenvorschlag der Kommission als Farce bezeichnen. Als besonders störend betrachten die Initianten die Rolle von CVP-Fraktionspräsident Andreas Widmer, der gleichzeitig Geschäftsführer des St. Galler Bauernverbandes ist. Widmer habe in der Kommission «massiv Einfluss» zu Gunsten der Bauern genommen, heisst es.

Der Kantonsrat berät die Vorlage in der Junisession. Stimmt er den Anträgen der vorbereitenden Kommission zu, hat die Regierung innerhalb eines Jahres einen Gegenvorschlag auszuarbeiten. (sda/red)

Bildbetrachtung

Ein Touch von Richard Gere

Nun ist also auch Martin Klötis Porträt bereit, um in die Galerie seiner Vorgängerinnen und Vorgänger eingereiht zu werden. Gestern wurde es in einem feierlichen Akt enthüllt. Um die Abstandsregeln einzuhalten, fand der Anlass im Hofkeller statt.

Wer im Kanton St. Gallen als Regierungspräsidentin oder Regierungspräsident amtierte, wird bei seinem Austritt aus der Regierung für die Ewigkeit in Öl gezeichnet. Die Ehre, Klötis zu porträtieren, fiel der 78-jährigen Künstlerin Lisa Schmid zu. Der scheidende Kulturminister liess es sich nicht nehmen, damit eine St. Gallerin zu beauftragen. In ihrer letzten Atelierausstellung vergangenen November zeigte Schmid Stilleben von Kirschen,

Artischocken oder Äpfeln. Als welche Frucht oder welches Gemüse sich Martin Klötis sehen würde, ist nicht bekannt. Und dass er einem Gemüse ähnelt, kann man nicht behaupten. Doch bei den Tieren fiele seine Wahl auf den Leopard, erzählte er der Rapperswiler Tänzerin Lea Moro anlässlich eines gemeinsamen Projekts vergangenen Sommer.

Raubtierhaft und gefährlich wirkt Klötis auf diesem Porträt jedoch nicht. Er selbst deutet seinen Gesichtsausdruck als «ein bisschen schräg und verwegen», sein Lächeln wirkt auf dem Gemälde etwas verkrampt. Seine Frisur, die an jene der Comicfigur Tim aus Tim und Struppi erinnert, verleiht ihm dennoch etwas Spitzbübisches. Weil es dem



Regierungsrat Martin Klötis porträtiert von Lisa Schmid.

Bild: PD

Noch-Regierungsrat an Zeit und vielleicht auch Geduld für aufwendige Porträtsitzungen mangelte, malte Schmid ihn nach einer fotografischen Vorlage, aufgenommen an einer Premiere der St. Galler Festspiele. Keine zufällige Wahl, sitzt doch Klötis von Amtes wegen im Verwaltungsrat von Konzert und Theater St. Gallen. Kein Zufall auch deshalb, weil er, der selbsternannte Glamourzuständige der St. Galler Regierung, solche Auftritte liebt. Dass Regierungsratskollegin Heidi Hanselmann seinem Porträt einen «Touch von Richard Gere» attestierte, wird ihn gefreut haben.

Konventionell wollte Klötis keinesfalls verewigt werden. Der Regierungsrat trägt Smoking und Fliege, sein Auftritt ist ele-

gant. Im Hintergrund steht dicht gedrängt das Premierienpublikum, Klötis ragt als Lichtgestalt aus der grauschwarzen Masse heraus. Doch was hat es mit dem in Blau-, Violett- und Pinktönen gehaltenen Hintergrund auf sich? Soll damit ein kitschiger Sonnenuntergang oder der Widerschein eines Scheinwerfers angedeutet werden? Oder ist es gar eine Anspielung auf Klötis Unterstützung für Pink Cross, den Dachverband der schwulen Männer? Es bleibt nebulös, wie auch die wolkig verwischten Konturen dieses Porträts, ein Stilmittel der Künstlerin. Doch der Schluss, dass Klötis als Politiker nicht fassbar gewesen wäre, sollte daraus nicht gezogen werden.

Christina Genova